



Für ein Prüfrecht, dem Konsequenzen folgen

Zum Tätigkeitsbericht des Thüringer Beauftragten für den Datenschutz

Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Dr. Lutz Hasse, hat kürzlich Bilanz seiner Arbeit der vergangenen zwei Jahre gezogen und als Schwerpunkte u.a. die Affäre um ungesicherte Akten in Immelborn, die Datenschutzverstöße in der Polizeischule in Meiningen sowie die Video-Überwachung in Firmen und im öffentlichen Raum genannt.

„Umfang und Inhalt des Tätigkeitsberichts des Datenschutzbeauftragten sind eindrucksvoller Ausdruck dafür, dass ein ausreichendes Verständnis für den Datenschutz in Thüringen nicht durchgängig vorhanden ist. Dieser wird allzu oft eher als lästiges Übel, denn als notwendige Umsetzung eines verfassungsrechtlich garantierten Grundrechts angesehen“, so Sabine Berninger, Sprecherin für Datenschutz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in Reaktion auf den Datenschutzbericht.

Die öffentliche Verwaltung mache hier keine Ausnahme. „Die rechtswidrige Datenerhebung im Zuständigkeitsbereich der Thüringer Polizei in den letzten zwei Jahren – angefangen bei der Videoüberwachung im Landeskriminalamt über die auch technische Überwachung von Beamten bis hin zum Auslesen von Kommunikations- und Inhaltsdaten von Personalräten, Abgeordneten und Journalisten – ist keine Aneinanderreihung unglückli-

cher Umstände. Sie ist Ausdruck eines mangelnden Verständnisses darüber, was Staat oder Dienstherr unter welchen Voraussetzungen tatsächlich dürfen. Die öffentliche Verwaltung, sehr viel mehr noch die Polizei, muss Vorreiter für einen verfassungsrechtlich konformen Datenschutz sein. Dies ist bislang aber nicht der Fall“, betonte die Abgeordnete. Sabine Berninger kündigte an, die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten des Datenschutzbeauftragten gegenüber Behörden zu prüfen. Bislang dürfe der Datenschutzbeauftragte lediglich eine eher folgenlose Beanstandung aussprechen, nicht aber selbst Anordnungen oder Ersatzverfahren verhängen.

Sabine Berninger: Minister vollführt Kompetenzstreit

„Wir brauchen die Diskussion, ob dem Prüfrecht auch unmittelbar Konsequenzen folgen sollten. Damit würde sichergestellt, dass Datenschutzverstöße sich nicht als 'Dauerbrenner' durch mehrere Tätigkeitsberichte ziehen.“ Die Datenschutz-Politikerin der Linksfraktion sieht eine Tendenz, dass immer leichter handhabbare und kostengünstigere Möglichkeiten der Datenerhebung, zum Beispiel durch den Einsatz von Videoüberwachungstechnik, auch genutzt werden. „Insbesondere im nicht-öffentlichen Bereich der Unternehmen muss gegengesteuert und der Arbeitnehmerdatenschutz gestärkt werden. Angesichts der Übertra-

gung der Kontrollbefugnisse an den nicht-öffentlichen Bereich ist für die kommenden Jahre zu prüfen, ob die Institution des Datenschutzbeauftragten gemessen an dem erforderlichen Aufgabenumfang ausreichend strukturell ausgestattet ist. Wir haben hier begründete Zweifel.“

In der Affäre um die ungesicherten Akten in Immelborn (Wartburgkreis) hatte der Datenschutzbeauftragte angekündigt, die Polizei auf Amtshilfe verklagen zu wollen. Er werde Anfang Juni beim Verwaltungsgericht in Weimar Klage einreichen. Es geht dabei um das Sortieren und Sichern von rund 250 000 Akten. Die von Lutz Hasse angeforderte Hilfe durch Polizeibeamte war von Innenminister Jörg Geibert wiederholt abgelehnt worden. Zunächst sei eine einstweilige Anordnung des Gerichts notwendig, da die zuständige Bank angekündigt hatte, die Halle, in der die Akten lagern, versteigern zu wollen.

„Es ist vollkommen unverständlich, dass das Thüringer Innenministerium bislang nicht bereit gewesen ist, einen unterstützenden Beitrag zur Herstellung eines datenschutzgerechten Zustandes zu leisten. Eigentlich ist doch zu erwarten, dass das Innenministerium das Anliegen des Datenschutzbeauftragten unterstützt. Stattdessen vollführt der Minister einen Kompetenzstreit, in dessen Ergebnis ein datenschutzwidriger Zustand länger als notwendig fortbesteht“, lautete die Kritik von Sabine Berninger. ■

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Mehr als erfreulich

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 22. Mai unserem Antrag „Verschlüsselte Kommunikation ermöglichen und befördern“ zugestimmt. Das ist ein guter erster Schritt, die Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den öffentlichen Stellen in Thüringen zu ermöglichen. Mit diesem Beschluss gehen wir in Thüringen nun den richtigen Weg und das ist mehr als erfreulich.

Es gab einen großen, fraktionsübergreifenden Zuspruch zu unserem Antrag, auch wenn durch den Justizausschuss kleinere Änderungen am Ursprungstext vorgenommen wurden. Eine sichere Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Stellen und Behörden ist auch auf elektronischem Wege wichtig. Dass dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit zu sehen ist, sondern auch die Vertraulichkeit mit einschließen muss, ist nun offenbar auch bei allen Fraktionen im Thüringer Landtag angekommen.

Vom technischen Aspekt ist es bedeutsam, dass eine echte End-to-End-Verschlüsselung umgesetzt wird. Alle Maßnahmen nützen nichts, wenn auch nur an einer Stelle der Kommunikation zwischen Behörde und Bürger Inhalte unverschlüsselt und offen vorliegen. Nur wenn vom Sender bis zum Empfänger kein anderer Zugriff auf die Inhalte möglich ist, ist eine wirkliche Vertraulichkeit gegeben. Die allseits propagierte De-Mail erfüllt diese Anforderung nicht.

Wichtig ist auch, dass an vielen Stellen auf die Möglichkeiten zur verschlüsselten Kommunikation hingewiesen wird. Dass die Hinweise auf den Webseiten der Landesregierung auftauchen, ist wichtig, und es wäre richtiger gewesen, dies auch auf die Internetauftritte der untergeordneten Stellen auszuweiten. Dies wurde leider durch den Justizausschuss geändert. Es bleibt nun abzuwarten, wann und wie die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. Der Verweis auf das IT-Konzept der Landesregierung lässt befürchten, dass die derzeitige Landesregierung diese Maßnahmen weiter verschleppen wird. Wir werden als Fraktion DIE LINKE weiter an der Umsetzung arbeiten und jegliche Maßnahmen zur Sensibilisierung von Bürgern für verschlüsselte Kommunikation, anonymisiertes Surfen sowie Verschlüsselung von Rechnern und Datenträgern weiter unterstützen. ■

AKTUELL

Diskussionen zum Pumpspeicherwerk

Als der Thüringer Landtag kürzlich über den Gesetzentwurf der LINKEN zur Fernwasserversorgung debattierte, gab es eine überraschende Ankündigung der CDU-Fraktion: Die Talsperre Schmalwasser, die seit etwa zehn Jahren nicht mehr für die Trinkwasserversorgung benötigt wird, soll nicht als Unterbecken für das geplante Pumpspeicherwerk (PSW) zur Verfügung gestellt werden.

„Das ist Investorentäuschung der schlimmsten Art. Nachdem die Planungen für ein Pumpspeicherwerk durch die Firma TRIANEL auf Wunsch der CDU-geführten Landesregierung weit vorangeschritten sind, soll dem Projekt jetzt die Grundlage vollständig entzogen werden!“, kritisierte nach der Landtagsdebatte der Umweltpolitiker der Linksfraktion und

Vorsitzende des Umweltausschusses Tilo Kummer. Statt mit den Bürgern und Gemeinden der Region sowie dem Investor und der Fernwasserversorgung (TFW) am extra dafür eingerichteten Runden Tisch einen sinnvollen Kompromiss zwischen den Bedürfnissen des Naturschutzes, des Tourismus, der Wasserversorgung und der Speicherung erneuerbarer Energien zu suchen, torpediere die CDU aus reiner Wahlkampfaktik plötzlich dieses Projekt.

„Man hat offensichtlich vergessen, dass sich die Ministerpräsidentin noch vor zwei Jahren das PSW Schmalwasser als 1000 MW-Variante wünschte“, erinnerte Tilo Kummer. Der Abgeordnete forderte die Landesregierung auf, ihre ursprünglichen Zusagen bezüglich der Verfügbarkeit der Talsperre

Schmalwasser für ein Pumpspeicherwerk einzuhalten. Statt das Projekt einfach zu verwerfen, sollte im Verfahren die Nordvariante des Oberbeckenstandortes, verbunden mit einer 600 Megawatt Leistung und einem 110 kV-Anschluss an das Thüringer Stromnetz, umgesetzt werden.

Damit würde ein wichtiger Baustein für eine erneuerbare Energieversorgung Thüringens geschaffen und gleichzeitig ließen sich die Bedenken bezüglich einer negativen Beeinträchtigung des Rennsteigs berücksichtigen. „Durch die neue Nutzung der Talsperre Schmalwasser könnte die Fernwasserversorgung außerdem Einnahmen erzielen und vielleicht sogar den Fernwasserpreis senken!“, so die Hoffnung des Abgeordneten der Linksfraktion. ■

KURZ UND PRÄGNANT

NSU-Untersuchungsausschuss in Hessen

Am 22. Mai beschloss der Hessische Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen um den sogenannten NSU. Dazu MdL Katharina König: „Der von SPD und LINKEN gemeinsam auf den Weg gebrachte Ausschuss ist ein überfälliger Schritt der parlamentarischen Aufklärung des staatlichen Agierens im Zusammenhang mit dem NSU-Terror.“ Dass gerade in Hessen mit dem Mord von Kassel und den Vorgängen um den Verfassungsschützer T. ein hoher Aufklärungsbedarf bestehe, liege schon seit dem Auffliegen des Trios im November 2011 auf der Hand. Umso verständlicher sei daher die Passivität in Form von Enthaltung durch CDU, Grüne und FDP: „Von der CDU eines selbst in die Affäre um den Verfassungsschützer T. verstrickten Bouffier konnte man außer leeren Bekundungen von größtmöglichem Aufklärungswillen nichts erwarten, aber der Kniefall der Grünen, die berechtigte Forderung der Opferfamilien nach politischer Aufklärung der Koalitionsdisziplin zu opfern, macht fassungslos.“

Für die LINKE Thüringen sei es jetzt vordringlich, dass auch in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg endlich Untersuchungsausschüsse die Aufklärungsarbeit übernehmen. Die in den dortigen Regierungen beteiligten Landtagsfraktionen der SPD sollten sich an ihren hessischen Parteifreunden ein Beispiel nehmen. „Die LINKE wird alles dafür tun, den hessischen Untersuchungsausschuss nach Kräften zu unterstützen. Dazu werden wir auch im Thüringer Untersuchungsausschuss für eine enge Kooperation werben.“

Mediendebatte nach dem ZDF-Urteil

„Staatsferne Aufsicht - was folgt aus dem ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts?“, so der Titel einer Veranstaltung, zu der die Linksfraktion und die Linke Medienakademie am 5. Juni in die Kleine Synagoge Erfurt eingeladen haben. Bis zum 30. Juni 2015 müssen die Bundesländer, das hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich festgelegt, einen neuen ZDF-Staatsvertrag vorlegen. Anteil und Einfluss der Politiker ist zu verringern. Sie dürfen nur noch ein Drittel der Sitze in den Aufsichtsgremien des ZDF besetzen. Mehr Staatsferne haben die Richter verordnet. Was das Urteil bedeutet und wie es - in kurzer Zeit - umgesetzt werden kann, sind noch offene Fragen, um die heftig gestritten wird.

Die Landesregierung blockiert Gemeinden

CDU-Bürgermeister entschlossen sich zu einem ungewöhnlichen Schritt

Seit drei Jahren bemühen sich die Gemeinden Kehmstedt und Niedergebra (Landkreis Nordhausen) erfolglos um einen Wechsel in die Verwaltungsgemeinschaft „Hainleite“. Bislang werden sie von der Stadt Bleicherode verwaltungstechnisch betreut bzw. – so der exakte Ausdruck – „erfüllt“.

Die Gemeinden sind allerdings mit der Qualität der Verwaltung unzufrieden und beklagen zudem die hohen Umlagekosten. Im Frühjahr dieses Jahres hatten sich Niedergebras Bürgermeisterin Burgunde Krumm (CDU) und Kehmstedts Bürgermeister Uwe Merx (CDU) zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Sie wandten sich an den kommunalpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, und baten um Unterstützung für ihr Anliegen.

„Das ist ein einmaliger Vorgang in Thüringen, dass einem solchen Antrag einer Gemeindeneugliederung nicht stattgegeben wird“, sagte Frank Kuschel. Er verwies darauf, dass mit den Gemeindeneugliederungsgesetzen im Jahr 2013 allen dem Landtag vorgelegten Neugliederungswünschen stattgegeben wurde.

Allerdings hatte die Landesregierung das Anliegen der beiden Gemeinden und die bereits dazu vorhandenen Beschlusslagen der Räte dem Landtag

ganz offensichtlich vorenthalten. Mit einer mündlichen Anfrage an die Landesregierung wollte nun Frank Kuschel mehr Hintergründe in Erfahrung bringen. In der Antwort teilte Innenminister Jörg Geibert (CDU) mit, dass die Strukturänderungen mit dem Verfassungs- und Kommunalrecht unvereinbar seien. Zudem seien keine durchgreifenden Gründe für die Beendigung der verwaltungstechnischen Erfüllung

durch die Stadt Bleicherode benannt. Das geht eigentlich gar nicht. Laut geltender Rechtslage bedarf es keiner Begründung für das Beenden einer ‚Erfüllung‘, so der Kommunalexperte der LINKEN.

Frank Kuschel verweist auf vergleichbare Fälle. Es sei ganz offensichtlich, dass das begründete Anliegen der Gemeinden von der Landesregierung blockiert wird. Die Antwort der

Landesregierung fiel entsprechend nichtssagend aus. Deshalb wird das Thema nun im Juni auf der Tagesordnung des Innenausschusses stehen. Zugleich hat die Linksfraktion einen Gesetzentwurf zur Neugliederung der beiden Gemeinden vorbereitet, welchen sie spätestens mit Beginn der nächsten Legislatur des Landtages einbringen wird. Bei einem gemeinsamen Pressegespräch im Gemeinschaftshaus in Niedergebra informierten die beiden Bürgermeister und Frank Kuschel über das weitere Vorgehen in der Sache.

Matthias Gärtner
Foto: Jost Leßmann



Öffentliche Anhörung zum Kali-Fusionsvertrag

Nachdem die Anträge der Linksfraktion in der ebenfalls von der LINKEN beantragten Sondersitzung des Thüringer Landtags am 19. März zur Offenlegung des Kali-Fusionsvertrages zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen worden waren, findet nunmehr eine öffentliche Anhörung statt. Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz hat für den 5. Juni dazu eingeladen.

Auf der (langen) Liste der Anzuhörenden stehen neben den involvierten Unternehmen und damals verantwortlichen Landespolitikern auch der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow. Er war für die hungerstreikenden Bischofferöder Kali-Kumpel Verhandlungsführer. Kommen werden auch Gerhard Jüttemann, von 1994 bis 2002 für die PDS Mitglied im Bundestag, nachdem er im Kaliwerk zuletzt Betriebsratsvorsitzender war, sowie Johannes Peine. Der niedersächsische Mittelständler, dem dann übel mitgespielt worden war, wollte 59 Millionen D-Mark investieren und 650 in Bischofferode retten.

Vorwurf ist gerechtfertigt

Nach Kenntnisnahme des sogenannten offenen Briefes der Landesausländerbeauftragten an Crawinkler Einwohnerinnen und Einwohner, in der sie die Anmietung von fünf Wohnungen für Flüchtlinge in Crawinkel durch den Landkreis kritisiert, muss sich Petra Heß nach Ansicht der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, „den Vorwurf der Stimmungsmache zu Recht machen lassen“.

„Wenn sich die Ausländerbeauftragte – wie sie behauptet – für die Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einsetzen wollte, muss sie sich fragen lassen, warum sie nur einige Tage vor der Wahl, bei der sie selbst in Crawinkel kandidierte, in einem Pamphlet an die Einwohner die beste Möglichkeit gesehen haben soll und die Aufnahme mit Begründungen kritisiert, die nur unweit von Argumenten einer kulturellen Überfremdung und Überanspruchung von Nationen entfernt liegen“, so Sabine Berninger.

Die LINKE Landespolitikerin verwies darauf, dass es selbstverständlich richtig ist, Menschen rechtzeitig zu informieren und mitzunehmen sowie für die Aufnahme von Flüchtlingen zu werben.

„Dass dies unterblieben ist, rechtfertigt aber noch lange nicht, aus der Gekränktheit, nicht selbst einbezogen worden zu sein, mit dem Thema der Flüchtlingsaufnahme als SPD-Politikerin im Wahlkampf zu agieren. Das gießt nicht nur Öl ins Feuer einer gefährlichen Grundstimmung in diesem Land, sondern schafft Bestätigung für die rassistische Ideologie der Überfremdung, auf die die rechtsextreme NPD ihren zum Teil erschreckenden Wahlerfolg in einzelnen Kommunen aufbauen konnte.“

Die Berechtigung der Kritik werde auch darin deutlich, so Sabine Berninger weiter, dass sich Petra Heß „an keinem anderem Ort, auch nicht dort, wo sich rassistisch motivierte Initiativen bildeten, in Offenen Briefen an die Einwohnerinnen und Einwohner für die Rechte von Flüchtlingen einsetzte“. Aufgabe einer Landesausländerbeauftragten ist es nun, tatsächlich konstruktiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen einzutreten. Wenn sich dabei herausstellen sollte, dass Crawinkel dafür dauerhaft keine Voraussetzungen bieten kann, muss auch darüber gesprochen werden.“

Statt „Schrei vor Glück“ „Zalando, aber fair!“

LINKE und Gewerkschaften fordern bessere Arbeitsbedingungen bei Zalando in Erfurt

Als nicht repräsentativ zurückgewiesen hat die Zalando-Unternehmensführung die kritischen Ergebnisse einer gewerkschaftlichen Befragung von Mitarbeitern am Standort Erfurt. Sie hätten in einer eigenen Erhebung viel mehr befragt und 80 Prozent hätten sich zufrieden geäußert. Kunststück - was will man schon sagen, wenn die Chefs fragen und man hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag?!

Und bei Zalando Erfurt sind 90 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse zumeist auf zwei Jahre befristet. Das Versandhandelsunternehmen in Erfurt - ein 100-Millionen-Projekt, in dessen Ansiedlung 22 Millionen Euro Wirtschaftsfördergeldern flossen und wo inzwischen 2.000 Menschen arbeiten -, „muss auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen“, hatte die Abgeordnete der Linksfraktion, Ina Leukefeld, beim Pressegespräch am 27. Mai im Landtag gefordert. Dort hatten Undine Zachlot, Ver.di Thüringen, und Monika Sossna, DGB Erfurt, die Ergebnisse einer Befragung am 28. und 29. April, die in den in den Schichtbussen und sehr ausführlich vorgenommen worden war, vorgestellt.

Ina Leukefeld: „Dialog ist keine Einbahnstraße“

Die Auswertung der 63 Befragungen ergibt jedenfalls ein ganz anderes Bild als das von der Unternehmensführung verbreitete. Zwar bejahten 57 Prozent die Frage, ob ihnen die Arbeit eher Spaß macht, aber wirklich zufrieden äußerten sich nur 27 Prozent und eine Zukunft bei Zalando sah nicht einmal jeder Zweite.

70,5 Prozent bezeichneten den Arbeitsdruck als teilweise hoch bis sehr hoch. Für etwa die Hälfte sind Lärm, Staubbelastung, Raumklima belastend. Fast 40 Prozent sind bereits im

ersten Arbeitsjahr schon einmal krank zur Arbeit gegangen. Etwa jeder Dritte kritisierte Überwachung durch Leistungs- und Personenkontrollen sowie unangemessene Pausenregelungen.

Vor allem müssen der enorm hohe Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt und (auch dadurch) betriebliche Mitbestimmung gesichert werden, forderte die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion, denn dass die Kolleginnen und Kollegen noch keinen Betriebsrat gegründet haben und die Geschäftsführung argumentiert, dass sie dafür schließlich



nicht verantwortlich seien, habe eben auch mit ihrer prekären Beschäftigungssituation zu tun.

Ina Leukefeld hatte auch darauf verwiesen, dass sie zusammen mit Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion und in Erfurt direkt gewählte Landtagsabgeordnete, mehrfach das Werk besichtigt und mit Beschäftigten und der Geschäftsführung gesprochen hatte. In diesem Zusammenhang betonte sie: „Dialog ist keine Einbahnstraße.“ Und schließlich sei Zalando ein Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von 1,5 Milliarden Euro, das zudem in 14 Ländern präsent ist und 3.500 Mitarbeiter hat. Undine Zachlot hatte beim Pressegespräch unterstrichen: „Unser Motto lautet ‚Za-

lando, aber fair!‘ - in diesem Sinne sollte die Unternehmensführung die Probleme angehen, auch damit man den Betrieb guten Wissens empfehlen kann. Die Ergebnisse unserer Befragung können dabei sicher hilfreich sein“.

Immer noch Niedriglöhne

Hinzugefügt sei: Vielleicht kann sich dann ja auch mehr als die gegenwärtig 47 Prozent der Beschäftigten vorstellen, länger als zwei Jahre bei Zalando zu bleiben. Denn die Befragung gibt

auch insofern Anlass zur Sorge, dass Zalando zukünftig seinen Arbeitskräftebedarf nicht mehr wird decken können. Inzwischen bieten schon ganz in der Nähe andere Logistik- und Versandhandelsunternehmen attraktivere Bedingungen, auch was die Entlohnung betrifft.

Ina Leukefeld gab zu bedenken: Selbst wenn jetzt die Zalanda-Stundenlöhne auf 9,04 Euro angehoben wurden, ist es immer noch ein Niedriglohnunternehmen. Eine stärkere Tarifbindung und Mitbestimmung in den Betrieben, so die DGB-Vertreterin Monika Sossna, sei überfällig, da hinke der gesamte Osten hinterher.

A. Rudolph
Foto: P. Lahn

VON A BIS Z:

Antibiotika-Resistenz

Mit Blick auf Diskussionen über die Belastung von Wurstwaren und Mettprodukten mit antibiotika-resistenten Keimen forderte DIE LINKE erneut, die Haltungsbedingungen von Geflügel und Schweinen zu verbessern. „Gerade in der Geflügel- und Schweinehaltung gibt es enormen Handlungsbedarf, um den Krankheitsdruck in den Beständen zu verbessern“, stellte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Sprecherin für Agrarpolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, fest.

„Puten, Masthähnchen und Mastschweine brauchen mehr Platz in den Ställen, mehr Frischluft, Sonne und Auslauf, damit ihr Immunsystem gestärkt wird und damit Krankheiten und Behandlungen mit Antibiotika reduziert werden“, erklärte die Landtagsabgeordnete. Solange schlechte Haltungsbedingungen toleriert und keine zielführenden Vorschriften in den Verordnungen festgelegt würden, könne man den Krankheitsdruck nicht wirklich in den Griff bekommen. „Die Folge davon ist, dass Landwirte aus Angst vor ausbrechenden Krankheiten in den dicht besetzten Tierbeständen natürlich zum Antibiotika greifen und das fördert die Antibiotika-Resistenzen der Keime“, sagte die LINKE-Agrarexpertin.

Die Verschärfung des Arzneimittelgesetzes allein, so wie es jetzt passiert ist, reiche nicht aus: „Die Haltungsbedingungen müssen dringend verbindlich verbessert werden“, forderte Johanna Scheringer-Wright abschließend.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten planmäßigen Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode finden in der Zeit vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli statt.

Tag der offenen Tür:

Der Thüringer Landtag lädt zum Tag der offenen Tür ein am Samstag, den 21. Juni, in der Zeit von 10 bis 18 Uhr. Motto: „Wahl! statt egal - Gesellschaft. Meinung. Parlament.“ Die Linksfraktion ist natürlich wieder mit einem umfangreichen Informationsangebot dabei, und im Fraktionssitzungsraum (Funktionsgebäude, Raum 201) lädt das Fraktionscafé zum Verweilen ein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

Campustour

Um die hochschul- und wissenschaftspolitischen Positionen der LINKEN zu diskutieren, gibt sich die Linksfraktion in Kooperation mit der LAG Wissenschaft und Hochschule in der Zeit vom 10. Juni bis 9. Juli tageweise auf Campustour in Thüringen. Dabei soll auch eine Umfrage durchgeführt werden zum Hochschulgutachten „Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation“, das die Landtagsfraktion in Auftrag gegeben und im April öffentlich vorgestellt hatte (s.a. Internet). An Infoständen und in Diskussionsveranstaltungen werden die Themen Hochschulstrukturentwicklung, Beschäftigungsverhältnisse und auch Technologie- und Forschungslandschaft sicherlich im Mittelpunkt stehen.

Arbeitsmarkt

„Kaum lässt die Frühjahrsbelegung etwas nach, wird deutlich, wo die Probleme des Thüringer Arbeitsmarktes liegen, auch wenn es einen Rückgang um etwas mehr als 3.000 Arbeitslose gibt“, so MdL Ina Leukefeld. 36,1 Prozent aller Erwerbslosen sind langzeitarbeitslos. Die LINKE setzt sich besonders für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in gemeinnützigen Bereichen ein. Zudem müssten „alleinerziehende Frauen, Ältere, Menschen mit Behinderung oder mit Migrationshintergrund passgenau unterstützt werden, von Randzeitenbetreuung über ein Budget für Arbeit für Menschen mit Behinderung bis hin zur schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen“.

Freie Schulen

Das Thüringer Verfassungsgericht erklärte am 21. Mai mit seinem Urteil über die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft mehrere Gesetzesregelungen für nicht verfassungskonform und forderte den Gesetzgeber auf, bis spätestens 31.03.2015 das Gesetz zu überarbeiten. Dazu erklärt MdL Dirk Möller: „Um zu einer guten Lösung zu kommen, muss zu Beginn der neuen Legislatur im Rahmen eines großen Anhörungsverfahrens eine verbindliche gesetzliche Regelung geschaffen werden. Das muss eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments sein. Um Thüringen zukunftsfähig zu gestalten, dürfen wir nicht vergessen, dass die finanzielle Ausstattung aller Schulen verbessert werden muss!“

KURZ UND PRÄGNANT

Unterstützung für Protestresolution

Wenige Tage vor den Kommunalwahlen hatten sich die von der SPD gestellten Oberbürgermeister von Erfurt, Weimar und Jena mit einer Protestresolution an die Öffentlichkeit gewandt und dem Thüringer Finanzminister vorgeworfen, den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Unterstützung signalisierte MdL Frank Kuschel. Er hoffe, dass dieser Appell insbesondere von der SPD-Landtagsfraktion gehört werde. Mit einer Zustimmung zum in den Landtag von der LINKEN eingebrachten Schulinvestitionsgesetz könne ein erster Schritt vollzogen werden.

Das Gesetz beinhaltet jeweils 50 Millionen Euro für die Jahre 2014 und 2015 für Investitionen in Schulbauten und Schulsporthallen in Thüringen. Aber die Resolution könne nicht davon ablenken, dass die SPD für die Ausgestaltung des Finanzausgleichs als Regierungspartnerin die Verantwortung zu tragen habe. DIE LINKE will im Zuge einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs Transparenz bei der Finanzierung von Kindertagesstätten herstellen und zudem mehr Geld für freiwillige Aufgaben zur Verfügung stellen. Das müsse einhergehen mit einer Funktional- und Verwaltungsreform. Es bleibe zu hoffen, dass die SPD-Kritik auch noch nach Wahlen Bestand habe. ■

Mehr Kleinstkredite werden gebraucht

Die Ankündigung einer Neuausrichtung der Investitionsförderung in Thüringen hat MdL Dieter Hausold begrüßt, allerdings „brauchen die Klein- und Mittelständischen Betriebe neben Investitionszuschüssen vor allem Kleinstkredite, um eventuelle Liquiditätseingänge überbrücken zu können“. Wichtig wären auch Betriebsmittel- oder Umlaufmittel-Kleinstkredite. Die Investitionsförderung an die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu koppeln und dabei einen jährlichen (Mindest-)Bruttoverdienst von 25.000 Euro als Kriterium zu erheben, sei richtig. Jedoch die Sicherung bestehender Arbeitsplätze nicht an die Zahlung eines Mindestlohns als Grundbedingung zu knüpfen und stattdessen die schrittweise Erhöhung des Lohns um 20 Prozent in den kommenden fünf Jahren zum Förderkriterium zu machen, müsse kritisiert werden. Der LINKE-Politiker verwies auf die zahlreichen Unternehmen in Thüringen, die noch keinen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro zahlen. Daher sei eine Steigerung um 20 Prozent innerhalb von fünf Jahren wenig zielführend. ■

Enteignungs-Verfahren endlich beschleunigen

Bodo Ramelow: Gutachten zum Schloss Reinhardsbrunn - Insolvenz bereits Ende 2011

Da ein Gutachten im Auftrag der Staatsanwaltschaft Erfurt belegt, dass die Eigentümerfirma des Schlosses Reinhardsbrunn bereits Ende 2011 offenkundig insolvent gewesen ist, fordert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, „endlich das Verfahren zur Enteignung zu beschleunigen und das Schloss nicht länger vor sich hin rotten zu lassen“.

Bodo Ramelow hatte schon vor Monaten ein Ermittlungsverfahren in Gang gebracht, um Licht in strafrechtlich relevante Vorgänge zu bringen. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat dieses Verfahren kürzlich eingestellt. Der LINKE Landespolitiker fordert nun auf Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens der Staatsanwaltschaft umgehend Konsequenzen.

Er weist darauf hin, dass das eigentlich Brisante des Gutachtens die Feststellung ist, dass bereits am 31.12.2011 die Insolvenz der Firma eingetreten sei. „Wenn das stimmt,

warum hat dann kein Insolvenzverfahren stattgefunden und warum wurde kein Insolvenzverwalter eingesetzt? Offenkundig liegt doch hier ein klarer Fall von Insolvenzverschleppung vor!“, so Bodo Ramelow weiter. Zudem sorge für Verwunderung, warum die Staatsanwaltschaft nicht amtlicherseits ein Insolvenzverfahren geprüft, bewertet und gegebenenfalls veranlasst hat. „Schließlich muss auch geklärt werden, warum Land, Kommune, Landkreis oder der Denkmalschutz mit denjenigen verhandeln, die eigentlich gar keinen Zugriff mehr auf den Besitz haben dürften.“

Äußerst seltsame Transaktionen

Bei der Betrachtung aller Machenschaften und höchst seltsamen Vorgänge dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass Schloss Reinhardsbrunn ursprünglich offensichtlich für 100.000 Euro veräußert wurde, später aber die Eigentümergesellschaft für 12,5 Millionen Euro den Be-

sitzer wechselte. Dass dann wiederum vor dem 31.12.2011 für angebliche Leistungen eines nahen Verwandten (A. Harcenko) des bisherigen Geschäftsführers I. Harcenko, die schwer nachvollziehbar sind, auf die Immobilie fast drei Millionen Euro und erst in 2012 noch einmal über sechs Millionen Euro durch I. Harcenko pfandrechtliche Hypotheken eingetragen wurden, deute darauf hin, dass die Fassade des Schlosses für äußerst seltsame Geldtransaktionen erhalten musste.

„Unabhängig von all dem, was dringend strafrechtlich geprüft und beantwortet werden muss, bleibt die Frage, wann endlich das Kulturdenkmal saniert und damit erhalten wird“, so Bodo Ramelow. Das Gutachten der Staatsanwaltschaft Erfurt müsse jetzt dringend zum Anlass genommen werden, um das entsprechende Insolvenzverfahren gegen die Eigentümer-Firma zu betreiben. Dadurch würde man das Enteignungsverfahren beschleunigen und sogar verbessern können. ■

Wissenschaftliche Rechtfertigung für NS-Massenmord

In seiner aktuellen Publikation wendet sich der Wissenschaftshistoriker und Biologiedidaktiker Uwe Hoßfeld unter dem Titel „Institute, Geld, Intrigen – Rassenwahn in Thüringen, 1930 bis 1945“ ein weiteres Mal dem Anteil Thüringens und vor allem der Universität Jena an der Entstehung und Verbreitung der Rassenideologie zu. Der materialreichen Studie, von der Landeszentrale für politische Bildung publiziert, seien viele Leserinnen und Leser gewünscht.

Thüringen nehme, so bilanziert Hoßfeld, die wissenschaftshistorische Tradition des Rassismus im 19. und 20. Jahrhundert betreffend „eine größere Rolle ein, als bei dem kleinen Land zu vermuten wäre“. Gerade an der Universität Jena ergaben sich, so Hoßfeld weiter, aus der spezifischen Interpretation und Weiterentwicklung des Darwinismus (u.a. durch Ernst Haeckel) „direkte Verbindungen (...) zum Sozialdarwinismus, zur Rassenhygiene, Eugenik, Rassenkunde“. Es sei hinsichtlich der Forschungen Darwins und Haeckels aber generell in den europäischen Gesellschaften zu einer Verkürzung der evolutiven Aussagen „und parallel dazu oftmals zu einer politisch aufgeladenen Interpretation der Forschungsergebnisse“ gekommen.

„Rassenhygiene“ und „Rassenkunde“ wurden in Deutschland zunehmend synonym mit biologischer Anthropologie verwendet, ideologisch noch weiter aufgeladen durch die Behauptung einer Überlegenheit einer „nordischen Rasse“. Ab 1930 nachweisbar, so betont Hoßfeld, schickte Thüringen „sich an, erstes rassenkund-

liches Experimentierfeld im Dritten Reich zu werden“. Die Universität Jena sollte dabei zum „nationalsozialistischen wissenschaftlichen Stützpunkt erster Ordnung“ (NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel) gemacht werden – und

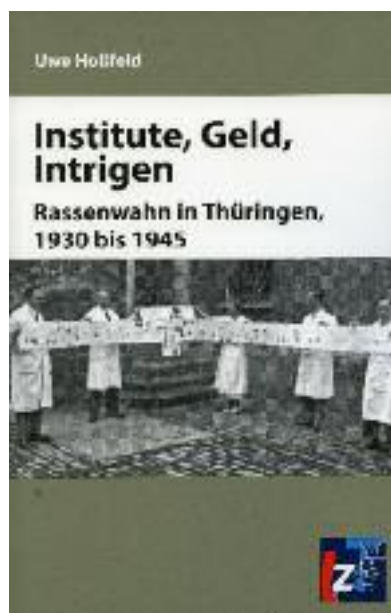
ler, Göring und Heß nach Jena. In der Folge entstand ein wissenschaftliches Gefüge mit engsten Verbindungen zu NSDAP und SS.

Hoßfeld rekonstruiert die institutionellen (Ämter, Institute, Einrichtungen, wissenschaftliche Gesellschaften), personellen sowie thematischen Hintergründe (z.B. „Rassenkunde“, Antisemitismus, Eugenik). Ein eigenes Kapitel ist den Finanzen und Kooperationen gewidmet. Mittel flossen u.a. von der SS oder von der „Carl-Zeiss-Stiftung“, Hitler beteiligte sich persönlich mit einer Privatpende von 100.000 Reichsmark. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Intrigen und Konflikten um Einfluss, Macht und Geld. Immer wieder macht Hoßfeld deutlich, dass es im Grunde um die (schein-)wissenschaftliche Begründung und Rechtfertigung für „rassenhygienische Maßnahmen“ ging – für schwerste Verbrechen bis hin zum Massenmord.

Uwe Hoßfeld lehrt als Professor für Didaktik der Biologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist Landesvorsitzender Thüringen des „Verbandes Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland“ (VBIO). Er hat Grundlagenwerke zur Rolle der Universität Jena in der NS-Zeit veröffentlicht.

Stefan Wogawa

Hoßfeld, Uwe: *Institute, Geld, Intrigen – Rassenwahn in Thüringen, 1930 bis 1945* (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 2014, 173 Seiten, ISBN 978-3-943588-36-1 ■



spielte deutschlandweit eine traurige Vorreiterrolle. Unter Bruch der Hauptsatzung der Universität wurde schon 1930 durch den Thüringer Staatsminister für Inneres und Volksbildung Wilhelm Frick (den ersten NSDAP-Minister in Deutschland) der berüchtigte „Rasse-Günther“ (Hans F.K. Günther) zum Professor für Sozialanthropologie berufen – weitere sollten folgen. Zu Günthers Antrittsvorlesung reisten Hit-

DAS THEMA

Mit ihrem Projekt „Rückeroberung des Öffentlichen“ richtet die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag den Fokus stärker auf die unterschiedlichen Formen der Rekommunalisierung und der Erbringung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Wir möchten den Umfang des bereits geschehenen Ausverkaufs öffentlicher Güter deutlich machen, Aufklärungsarbeit leisten und Ängste nehmen. Zusätzlich wollen wir konkrete Handlungsoptionen für Ansätze zur Rekommunalisierung geben und (erfolgreiche) Rekommunalisierungsprojekte beschreiben.

In der politischen Diskussion in Thüringen stehen die öffentlichen Dienstleistungen immer öfter im Zentrum der Diskussion. Bereits im Kommunalwahlkampf wurde die Art und Weise der Erbringung dieser Dienstleistungen kontrovers diskutiert – beim Bürgerentscheid zur Abfallentsorgung im Ilmkreis genauso wie bei der Auseinandersetzung um einen fahrscheinfreien Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Erfurt.

Dabei sorgt allein schon die Auswahl, welche Dienstleistungen, welche Güter öffentlich sind oder sein sollten, für Auseinandersetzungen. Denn DIE LINKE ist der Auffassung, dass im Zuge des demografischen und strukturellen Wandels der Begriff der öffentlichen Dienstleistungen weiter gefasst werden muss. Warum, das sollen einige Beispiele zeigen:

Der Klassiker – die Energie

Für DIE LINKE ist die Erzeugung und Bereitstellung von Energie eine zentrale Aufgabe öffentlicher oder gemeinschaftlicher Dienstleister.

Dabei ist eine dezentrale Energieerzeugung von großem Vorteil – werden doch keine langen Stromtrassen quer durch die Republik benötigt, um den Endverbraucher zu beliefern. Ein Be-



Die auf drei Etagen verteilte Leitungstechnik im Turbinenhaus der Anlagen 1 und 2 der Stadtwerke Erfurt.

Vor Ort erlebbar: Das Öffentliche gehört uns!

Projekt der Linksfraktion - Rekommunalisierung stärker in den Blick nehmen

such bei der Gasturbinenanlage der Erfurter Stadtwerke (SWE) machte dies deutlich. Hier werden elektrische Energie und Fernwärme erzeugt – mit einem Wirkungsgrad von 90 Prozent!

Ein Wärmespeicher sorgt zudem dafür, dass Strom unabhängig von der Wärmeabnahme hergestellt werden kann. Benötigt wird dazu nur ein regionales Abnehmernetz – und hier sieht

bereit, mehr für öffentlich erbrachte Leistungen zu zahlen – wenn sie in der Region erbracht werden, die Arbeiter und Angestellten ordentlich bezahlt werden. Und vor allem, wenn sie vor Ort erlebbar sind, also mit Gesichtern und Ansprechpartnern verbunden werden“, erklärt Frank Kuschel, der Kommunalexperte der LINKEN im Thüringer Landtag, den Erfolg.



Die LINKE Landrätin des Kreises Nordhausen, Birgit Keller, bei der Eröffnung des neuen Dorfladens in Werther.

Im kommunalen Gebäude werden sich weitere Dienstleistungen ansiedeln.

der Geschäftsführer der SWE-Energie, Norbert Schneider, weitere Potentiale: „Wir könnten noch viel kleinere Einheiten an das Fernwärmenetz anschließen, wenn wir für die letzten Meter zum Kunden, ähnlich wie in Sachsen, Fördermittel erhielten.“ Denn nur der Anschluss macht die Fernwärme bei kleinen Anschlussmengen teuer – nicht die Versorgung.

Das geht alle an – die Abfallentsorgung

Im Bereich der Abfallentsorgung ist die Privatisierungsquote in Thüringen besonders hoch – fast 40 Prozent der entsprechenden Dienstleistungen werden privat erbracht. Und das, obwohl die Entsorgung in den letzten Jahren in mehreren Städten und Landkreisen wieder in kommunale Hände genommen wurde.

Im Landkreis und in der Stadt Weimar, im Landkreis Nordhausen und zukünftig auch im Ilmkreis übernehmen kommunale Gesellschaften diese Aufgabe. Und das aus gutem Grund: „Eine Kommune muss mit der Entsorgung keinen Profit machen, mit einer kommunalen Firma können wir daher gut bezahlte Arbeitsplätze in der Region erhalten“, sagt Birgit Keller, die LINKE Landrätin im Landkreis Nordhausen.

Und offensichtlich sind diese Argumente so überzeugend, dass einem entsprechenden Bürgerbegehren im Ilmkreis über 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zugestimmt haben und eine öffentliche Ausschreibung der Entsorgung verhindert wurde. Jetzt kann auch hier eine kommunale Firma übernehmen. „Die Bürger sind sogar

Wenn vor Ort nichts mehr da ist – der Dorfladen als öffentliche Dienstleistung

Werther im Landkreis Nordhausen – rund 1.400 Einwohner, aber kein Nahversorger, keine Post und auch kein dörflicher Treffpunkt mehr.

Ist in einer solchen Situation die Gemeinde nicht zum Handeln aufgefordert? Ja, sagt Bürgermeister Hans-Jürgen Weidt und erklärt die drei Säulen des Dorfladen-Konzepts: Da ist zunächst die klassische Verkaufsstelle. Betrieben wird sie von einem erfahrenen Kaufmann, der in der Region be-

reits zwei Dorfläden betreibt. Dreh- und Angelpunkt des Ladens ist die Postfiliale, sie ermöglichte auch den Einsatz von Fördermitteln zur Umgestaltung des Gebäudes, das sich im Besitz der Gemeinde befindet. Hinzu sollen Dienstleistungen wie Wäscherei, Änderungsschneiderei, Schumacher und eine Kaffeecke als Treffpunkt kommen. Und dazu kommt – sozusagen als Bonus – ein von der Landesregierung gefördertes Elektromobil, das die Waren zu den Kunden oder die Kunden zu den Waren und Dienstleistungen bringen soll.

Entscheidend für ein Konzept könnten die Eigentumsverhältnisse und die breite Angebotsstreuung sein – in der Vergangenheit sind einige Dorfläden an der reinen Verkaufsorientierung oder auch an nicht funktionierenden Genossenschaftsstrukturen gescheitert. Nichts zu tun, bedeutet aber, den ländlichen Raum gänzlich aufzugeben – und das will über alle Parteigrenzen hinweg niemand.

Die Bürger müssen einen „Mehrwert“ für sich erkennen

Fazit: „Die Diskussion um die öffentlichen Güter – und was sie uns wert sind – ist wichtig. Nur wenn wir mit unseren Argumenten in jedem einzelnen Fall überzeugen können, tragen die Bürgerinnen und Bürger den Weg aus der Privatisierung mit“, sagt Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag.

Und die Bürgerinnen und Bürger müssen einen „Mehrwert“ für sich dabei erkennen – und dieser muss nicht zwangsläufig finanzieller Art sein.

Text und Fotos: Matthias Plhak



Beim Besuch der Erfurter Stadtwerke: Der Landtagsabgeordnete der Linksfraktion und Stadtrat André Blechschmidt und Stadtrat Dr. Reinhard Duddek im Gespräch mit dem 2. Geschäftsführer der SWE-Energie, Karel Schweng.

Postsendungen ausspioniert

In den vergangenen Tagen hatten verschiedene Medien berichtet über die Postüberwachungspraxis des US-Geheimdienstes „NSA“, welcher auch Briefe und Pakete abfängt, öffnet und Inhalte manipuliert. Wie nun aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, kommen Postüberwachungen in Thüringen nicht nur bei strafprozessualen Anlässen oder der Überprüfung von Haftpost bei Gefangenen zum Einsatz. Auch der Thüringer Verfassungsschutz benutzt mehrere tausend Euro teure Geräte von einem „Staatstrojaner“-Hersteller, um Postsendungen mit „Dampferzeugern“ zu öffnen, auszuspionieren und wieder zu verschließen.

„Nachdem die Landesregierung jetzt einräumte, dass der Verfassungsschutz Thüringer Postunternehmen direkt aufsucht, um abgefangene Brief- und Paketsendungen quasi noch neben dem Postförderband auszuforschen, ergibt sich für uns einiger Nachfragebedarf“, so Katharina König, LINKE-Landtagsabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses.

So verfügt nach Angaben der Landesregierung der Thüringer Inlandsgeheimdienst über vier Geräte, darunter zwei „transportable Briefbearbeitungskoffer“. Kosten für einen Koffer: Rund 8.000 Euro sowie Zubehör für weitere 1225 Euro, beispielsweise der Dampferzeuger. Die Landesregierung berich-

tet in ihrer Antwort, dass Thüringer Verfassungsschützer bei Postdienstleistern auch vorsortierte Post öffnen und auswerten oder Sendungen aus dem Postlauf entnehmen und in das Erfurter Verfassungsschutzamt bringen, um sie dort genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Dienstleister seien per G10-Gesetz zur Mitwirkung verpflichtet, eigene Räumlichkeiten stünden dem Nachrichtendienst aber nicht zur Verfügung.

„Solch schwerwiegende Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis sollten nicht den Schlapphüten überlassen werden“

„Dass der Thüringer Verfassungsschutz Gerätschaften zur Briefüberwachung ausgerechnet jener Firma einsetzt, die bereits im Zusammenhang mit dem so genannten ‚Staatstrojaner‘ und dessen verfassungsrechtlich bedenklichen Funktionsumfang in Verruf geraten ist, lässt uns aufhorchen“, betonte Katharina König mit Bezug auf die DigiTask-Technik.

Die neuerliche Antwort der Landesregierung, insbesondere der Umstand, dass Verfassungsschützer offenbar die Postverteilzentren direkt ansteuern, biete Anlass für Nachfragen. So soll nun auch geklärt werden, ob der Inlandsgeheimdienst die Postüberwachungen und Inhaltsentnahmen nach ähnlich sorgfältigen Standards dokumentiert und versiegelt wie die Polizei

mit Asservaten verfährt. „Nebulös bleiben weiterhin die Einsatzbereiche und Häufigkeit, da das Innenministerium mit Verweis auf die Geheimhaltung nur angibt, dass Postüberwachungen in allen Phänomenbereichen des Verfassungsschutzes in Betracht kämen“, sagte die LINKE Landtagsabgeordnete.

Mit der erneuten Anfrage möchte die Linksfraktion nun von der Landesregierung auch wissen, ob überhaupt und wenn ja, wie Manipulationen der Briefinhalte bei Öffnungen durch den Verfassungsschutz ausgeschlossen werden können.

DIE LINKE fordert die Abschaffung des Verfassungsschutzes einschließlich seiner nachrichtendienstlichen Befugnisse. „Solch schwerwiegende Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis sollten nicht unkontrollierbar den Schlapphüten überlassen werden, sondern neben den Justizvollzugsanstalten nur Strafverfolgungsbehörden vorbehalten sein, wo bei Postüberwachungen im Gegensatz zum Geheimdienst die Anwesenheit von Richtern bzw. Staatsanwälten zwingend erforderlich ist“, sagte Katharina König abschließend.

Katharina König hat erneut eine Nachfrage eingereicht, welche (ebenso wie die bisherigen Antworten der Landesregierung) auf der Internetseite der Linksfraktion (www.die-linke-thl.de) zu finden ist. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Grüner Größenwahn

„Thüringer Grüne wollen regieren – egal mit wem“, so auf den Punkt gebracht titelte kürzlich das Internetportal „InSüdthüringen“. Und tatsächlich sendet die Partei, die sich laut Eigendarstellung wieder zunehmend auf ihren Markenkern Ökologie konzentrieren will, beinahe tagtäglich das Signal, sie sei zu Koalitionen unter Führung von Linkspartei wie auch von CDU bereit. Der Linkspartei attestieren sie inzwischen nämlich, diese sei „regierungstauglich“. Wie edel! Doch Hochmut kommt vor dem Fall. Deshalb der Hinweis: um überhaupt regieren zu können, müssen die Grünen erst einmal wieder in den Landtag kommen. Ob ihnen das gelingt, ist noch offen. Bei den letzten Umfragen schrammen sie jedenfalls mit fünf, sechs Prozent gerade so ins Landesparlament.

Unterdessen schreibt der Unternehmensberater Ludger Volmer, früher einmal Vorsitzender der Grünen, seine Partei hätte nie eine Partei links von sich zulassen dürfen. Zulassen dürfen? Das ist purer gaga-grüner Größenwahn. Wer hätte diese Truppe, die in Ostdeutschland nie über den Status einer Zwergpartei hinausgekommen ist, denn überhaupt gefragt?

Außerdem jammert Volmer, man falle „als Auffangbecken für den Sozialprotest nun aus“. Nun? Volmer, der Anfang Mai gemeinsam mit Franz Müntefering nostalgisch an die SPD-Grüne-Koalition erinnerte, müsste es doch besser wissen: in deren Zeit fallen desaströse Entscheidungen, wie die deutsche Beteiligung am „Kosovo-Krieg“ gegen Jugoslawien (da war Volmer Staatsminister im Auswärtigen Amt!) und später die Hartz-Gesetze – die grüne Glaubwürdigkeit war schon vor 15 Jahren dahin.

Andererseits hat Volmer sich wohl einen kleinen Rest realistischer Selbstwahrnehmung erhalten: er wirft den Grünen heute Profillosigkeit vor. ■

Zur Projektarbeit des Aktionskreises für Frieden e.V.

Im August 1997 wurde das Projekt „Literaturcafé“ in Erfurt gegründet zur Kultur- und Literaturförderung prekärer Familien. Deshalb war der Eintritt von Anfang an kostenlos. Im 17. Jahr des Bestehens wackelte das Projekt gewaltig. Hintergrund war die Tatsache, dass Kulturdirektion und Kulturausschuss der Stadt Erfurt schon im zweiten Jahr uns die beantragten Fördermittel verweigerten, obwohl sich der Aktionskreis für Frieden e.V. (AKF) am kulturellen Jahresprojekt Erfurts „Wie viele Worte braucht der Mensch“ mit einem eigenen Programm beteiligte.

2014 sollen verschiedene Kulturräume vorgestellt und erläutert werden. Den Auftakt machte Ende Mai Dr. Ludmila Prevsner von der Jüdischen Landsgemeinde Thüringen. In ihrem Buch „Ein Elefant für den Kaiser“ erzählt sie über wenig bekannte Kapitel der jüdischen Geschichte: Jüdische Bürger kamen mit den Römern über den Limes und siedelten sich bei den germanischen Stämmen an. Im Frankenreich, in der Regierungszeit Karl des Großen (746-814), wird der Jude Isaak aus Aachen urkundlich erwähnt. Sprach- und reisekundig entsandte der König ihn an den Hof des Kalifen von Bagdad, Haran al-Raschid, um Handelsbeziehungen zu knüpfen. Isaak ging in die Geschichte

ein, weil er auch noch das Geschenk des Kalifen, einen Elefanten, glücklich an Karls Hof brachte. Wir bringen unser Projekt dank der Spende von 350 Euro gut durch das Jahr 2014. An dieser Stelle danken wir Maria Funke (Mitarbeiterin der Linksfraktion, die



sich um die Spendentätigkeit der Alternative 54 kümmert, d.R.) und allen LINKEN Abgeordneten des Thüringer Landtags, in deren Namen uns MdL Susanne Hennig-Wellsow, Landesvorsitzende der Partei, die Spende überbrachte.

Ute Hinkeldein, Thüringer Friedenskoordination/Aktionskreis für Frieden e.V.

Mit Hilfe der Alternative 54 e.V. (Veren der Landtagsabgeordneten der LINKEN zur „Sozialisierung“ der automatischen Diätenerhöhungen nach Paragraph 54 der Landesverfassung) konnten seit ihrer Gründung im Jahr 1995 gemeinnützige Projekte und Initiativen mit insgesamt 931.000 Euro Euro unterstützt werden. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.